

# Lockerungen ja, Verantwortungslosigkeit nein!

Eine Rückkehr in ein halbwegs normales Wirtschaftsleben ist möglich

Von Dr. Hanno Dornseifer und Dr. Heino Klingen

Rund zwei Monate sind jetzt vergangen, seit das Coronavirus Deutschland und viele andere Länder lahm gelegt hat. Nie zuvor hat unser Land in Friedenszeiten einen solchen Ausnahmezustand erlebt. Kein Tag ohne Corona-Sondersendung, kein Gespräch ohne Bezugnahme auf das Virus. Inzwischen zeichnen sich aber erste Erfolge im Einsatz gegen das Virus ab. Die Zunahme der Neuinfektionen geht zurück. Die Ansteckungsrate ist deutlich gefallen. Positiv ist auch, dass die Verhaltensregeln augenscheinlich immer mehr beherzigt werden. Die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln wird anscheinend immer mehr zur täglichen Routine. Bei unvermeidbarer Nähe ist ein Mundschutz mittlerweile verpflichtend. Das heißt: Auch ohne den dringend benötigten Impfstoff sind wir inzwischen gegen eine zweite Infektionswelle gut gewappnet.

Die Politik hat auf diese Entwicklung mit ersten Lockerungen für die Wirtschaft reagiert. Kleinere Geschäfte, Autohäuser und Fahrradläden sind seit dem 20. April wieder geöffnet. Unternehmen können so wieder selbst für ihre Existenz sorgen. An den Schulen gibt es seit Anfang Mai für Abschlussklassen wieder Präsenzunterricht. Jungen Menschen steht damit einem reibungslosen Start ins Berufs- und Studienleben nichts mehr im Wege.

Doch von einer Normalisierung der Wirtschaft sind wir immer noch weit entfernt. Dazu bedarf es weiterer Lockerungen. Diese dürfen nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. Der wirtschaftliche Schaden ist auch so schon viel zu groß. Deshalb sollten unter Wahrung des Abstandsgebots und der Hygieneregeln auch größere Einzelhandelsgeschäfte, Restaurants und Fitnessstudios schon bald wieder aufmachen dürfen.

Dass eine Rückkehr in ein halbwegs normales Wirtschaftsleben dringend geboten ist, zeigen unter anderem Berechnungen des Münchener ifo-Instituts. Danach zeichnen sich bereits jetzt nach zwei Monaten Shutdown im Saarland Wohlstandsverluste in Höhe von 17,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ab. Sollte der Shutdown noch länger beibehalten werden und die Wirtschaft nicht in drei Monaten ihr früheres Auslastungsniveau erreichen, könnte es noch schlimmer kommen.



Dr. Heino Klingen und Dr. Hanno Dornseifer

Foto: IHK/Dirk Guldner

Da ist es nicht weiter überraschend, dass die Stimmung in den Unternehmen miserabel ist. Und zwar nicht nur in den von den staatlichen Schließungen unmittelbar betroffenen Bereichen, sondern quer über alle Branchen. Nicht einmal in der Finanzkrise 2008/09 ist die Stimmung der saarländischen Unternehmen binnen Monatsfrist so stark gesunken wie in diesem April. (Einzelheiten hierzu finden Sie im IHK-Konjunkturbericht in dieser Ausgabe.) Dahinter stehen bei vielen kleinen Unternehmen und Selbstständigen handfeste Existenzsorgen. Die Politik hilft zwar mit Zuschüssen und Krediten zur Liquiditätssicherung. Doch wie zwei von uns durchgeführte Blitzumfragen zeigen, dürften nicht alle Betriebe diese Krise überleben. Zu befürchten ist deshalb, dass die saarländische Wirtschaft mit einem geschwächten wirtschaftlichen Fundament aus dieser Krise herauskommen wird.

## Mehr Liberalität wagen

Leider sind im Zusammenhang mit den berechtigten Interessen der Wirtschaft falsche Gegenüberstellungen konstruiert worden. Davon sollten wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen. Denn es geht nicht um Leben oder Wohlstand, um Sicherheit oder Freiheit, wie selbst seriöse Zeitungen im schlimmsten Boulevardstil nahelegten. Sondern darum, wie wir beides miteinander vereinen können. Hierfür gibt es positive Beispiele. Eines ist Südkorea. Das Land hat gezeigt, dass man mit wenigen Verhaltensregeln, Massen-

tests und konsequenter Überwachung des Infektionsgeschehens das Coronavirus im Zaum halten kann. Sicher: In Kitas, Kneipen und bei Massenveranstaltungen ist die verlangte Disziplin nicht zu erwarten. Aber überall sonst sollten wir mehr Liberalität wagen. Das ist zwar nicht ohne Risiko. Doch das Leben mit dem Virus hat gerade erst begonnen und wird noch über Monate anhalten. Je früher wir deshalb auf Einsicht und Eigenverantwortung setzen, desto besser. Gesundheit und Wirtschaft dürfen auch in Coronazeiten kein Gegensatz sein.

Menschen brauchen eine Perspektive, die Wirtschaft Planungssicherheit. Schon deshalb ist es verfehlt, die nötige Debatte über eine Normalisierung der Wirtschaft als „Öffnungsdiskussionsorgie“ zu disqualifizieren. Gerade in Krisensituationen ist Offenheit gefordert. Anders gibt es keine besten Lösungen. Unser föderaler Aufbau bietet eine gute Grundlage dafür. Warum also nicht im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip vor Ort unterschiedliche Wege zulassen? Das scheint aus unserer Sicht allemal besser, als dem Land einen nationalen Einheitsschutz zu verpassen. Für das Saarland wäre das sicher ein Vorteil. Denn wo sonst sollten Appelle zu Disziplin und Geduld besser Gehör finden als in unserem kleinen Land, in dem schließlich jeder jeden kennt?

Dr. Hanno Dornseifer  
Präsident  
Dr. Heino Klingen  
Hauptgeschäftsführer